



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/98

19. August 1949

Vor zehn Jahren Hitler-Stalin - Pakt

G.L. Am 15. März 1939 zog Hitler in Prag ein und sah vom Gradschin auf die noch in der Abenddämmerung sichtbare Stadt. Es war der erste Schritt hinaus über das, was nach der damaligen politischen Lage in Europa wohl erreichbar war - ein nach dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung organisiertes Europa. Die nächsten Schritte auf dem Wege hemmungsloser Expansion folgten unmittelbar. Der Zugriff auf Polen vor allem wurde von Hitler in Angriff genommen.

Die Überrennung der Rumpf-Tschechoslowakei veränderte unmittelbar die ganzen politischen Beziehungen innerhalb Europas. Chamberlain erklärte in Birmingham, die Politik der Konzessionen müsse ein Ende nehmen. Grossbritannien begann Verhandlungen mit mehreren Staaten Osteuropas. Am 31. März gab es Polen eine Garantie. Damit unterstrich England das Prinzip seiner seit fast 20 Jahren befolgten europäischen Politik, die territorialen Regelungen in Osteuropa, wie sie 1919 getroffen waren, als unabänderlich zu betrachten. Kaum war das Stichwort Polen gefallen, als sich Anzeichen dafür zeigten, dass Hitlers und Stalins Diktaturen sich auf einander hin zu bewegen begannen. Am 23. August 1939 schloss der von Hitler entsandte Ribbentrop mit Stalin und Molotow im Kreml einen Bündnisakt ab. Es war die tödliche Umarmung für unsere europäische Zivilisation, eine Umarmung des Todes für Millionen Deutsche und Russen, aber auch das Ende eines selbständigen Polens.

In der europäischen Konstellation von 1939 erwies sich die Aussicht, das von beiden Paktpartnern als unerträglich empfundene Grosspolen "von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer" zu beseitigen, als unwiderstehliche Verlockung. Bald nach der Einnahme Prags erwähnte Hitler Brauchitsch gegenüber, er werde seinen nächsten politischen Zug nicht erwarten, um dann fortzufahren: "Bitte setzen Sie sich - ich werde einen Staatsbesuch in Moskau machen". Und schon vor Prag, am 10. März, deutete Stalin in seiner Rede vor dem 18. Kommunistischen Parteikongress an, die Sowjetunion sei zu einer Besserung der politischen Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland bereit.

Das Gespräch wurde auf beiden Seiten anfangs mit Vorsicht und auf sowjetischer Seite mit stärkstem Misstrauen geführt. Die gleichzeitig in Moskau geführten Verhandlungen Frankreichs und Grossbritanniens, welche eine gemeinsame Front mit der Sowjetunion gegen weitere Ausbrüche Hitlers zu erreichen hofften, komplizierten die Taktik noch

mehr. Am 17. April brachte der russische Botschafter das Gespräch auf eine Normalisierung der Beziehungen. Die Verantwortlichen des Hitlerreichs gingen auf solche Hinweise ein. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt muss Hitler den Entschluss gefasst haben, mit Stalin endgültig abzuschliessen. Am 30. Mai schon teilte der Staatssekretär Weizsäcker nach Moskau mit, man habe sich definitiv für Verhandlungen mit der Sowjetunion entschieden.

Im August beginnen sich die Ereignisse zu drängen: am 14. August beginnt Ribbentrop selbst, die Weisungen an den Botschafter in Moskau zu erteilen, am 20. lässt Hitler ein persönliches Telegramm an "Herrn Stalin, Moskau" überhändigen, am 23. trifft Ribbentrop in Moskau ein, um einen Nichtangriffspakt und ein dazu gehöriges geheimes politisches Protokoll zu unterzeichnen. Das geschieht am gleichen Tage. Am Schluss des Festbanketts im Kreml bringt Stalin Hitlers Wohl mit den Worten aus: "Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt. Ich trinke daher auf sein Wohl".

Das Geheimprotokoll teilte den polnischen Staat in eine sowjet-russische und eine deutsche Interessensphäre auf. Die politische Voraussetzung für Polens Beseitigung war geschaffen, denn die englische Garantie für Polen konnte von Westeuropa aus praktisch nicht wirksam gemacht werden. Der Stalin-Hitler - Pakt war eine der wesentlichen politischen Voraussetzungen dafür, dass die Gefahr eines europäischen Krieges akut wurde. Dabei handelte es sich nach den Vorstellungen aller damaligen Regierungen immer um eine Austragung innerhalb Europas. Niemand sah, dass jeder grössere Konflikt, wenn zunächst auch auf Europa beschränkt, zu einer bewaffneten Auseinandersetzung im Weltmassstab führen müsse.

So wurde der europäische Krieg zu einem Weltkrieg. Damals vor zehn Jahren fing sich Hitler in den Schlingen seiner eigenen Bauernschlauheit. Von da an führte er das deutsche Volk geraden Wegs an den Rand der Vernichtung.

Labours Wahlkampf-Vorbereitungen. (sp.) Die englische Labour Party wird den Wahlkampf für die Unterhaus-Wahlen 1950 bereits in diesem Herbst eröffnen und mit allem Nachdruck führen. Es wurde beschlossen, eine Reihe von regionalen Versammlungen abzuhalten, auf denen Delegierte der einzelnen Ortsvereine, der Frauenabteilungen, der Jugendverbände und der Gewerkschaften die Möglichkeit geboten werden soll, sich mit führenden Männern der Partei wie Herbert Morrison, Jim Griffith, Emanuel Shinwell, Hugh Dalton, Arthur Woodburn, Sam Watson und Morgan Philipp über alle aktuellen Fragen zu unterhalten. In den Mittelpunkt der Debatte soll jeweils das Wahlprogramm "Labour glaubt an England" gestellt werden. Diesen Konferenzen sollen am nächsten Tage jeweils grosse Kundgebungen folgen.

(b/B.52/198/t/hs)

Wie die Kominform finanziert wird

R. Stockholm, im August

Die kommunistischen Parteien verfügen in allen Ländern über sehr erhebliche Geldmittel, deren Umfang in schreiendem Missverhältnis zu der immer mehr schrumpfenden Mitgliederzahl steht. Wie wird dieser riesige Propaganda-Apparat und die grosse Anzahl von Funktionären aufrechterhalten? Man weiss, dass die Gelder aus der nie versiegenden Quelle der Kominform stammen. Aber wie werden sie in dieser Zeit der Valutabeschränkungen überführt?

Die grosse liberale schwedische Zeitung "Stockholms Tidningen" brachte dieser Tage zwei aufsehenerregende Artikel, in denen der Schleier von den Kominform-Transaktionen ein wenig gelüftet wurde. Das Blatt hat seine Informationen von einem früheren kommunistischen Funktionär, der bis vor kurzem einen sehr lebhaften Kontakt mit der ökonomischen Sektion des Dritten Büros der Kominformzentrale in Bukarest hatte, die wieder sehr viel mit der Buchführung der kommunistischen Parteien zu tun hat. Nach seinen Angaben bedient man sich bei der Finanzierung der kommunistischen Parteien verschiedener Wege. In den seltensten Fällen ist es Moskau direkt.

Die einfachste Form ist die Finanzierung durch den Handel. Polen z.B. gründet in einem Lande wie Schweden einige sogenannte "gemischte Firmen". Die Vertretung einer solchen polnischen Firma in Schweden soziiert sich mit einer schwedischen Firma, wodurch eine dritte Firma mit gemischtem polnisch-schwedischem Kapital entsteht. Der schwedische Teilhaber, oft politisch indifferent, verdient gut. Der polnische Teil ist daran interessiert, die Betriebsunkosten möglichst durch viele Angestellte, durch Handelskosten und Provisionen an andere Firmen im gleichen Netz zu erhöhen. Durch zwei sprechende Beispiele illustriert die schwedische Zeitung dieses Verfahren sehr deutlich:

1948 kaufte eine solche polnisch-norwegische Firma in Oslo eine Partie Heringe von 10.000 t. Es war minderwertige Ware, die etwa 28 Kr. pro t kostete. Diese Partie wurde zum Preise von 80 Kr., also mit einem Bruttogewinn von etwa 200 Prozent, nach Polen verkauft. Der ganze Gewinn blieb in Norwegen. Die polnische Genossenschaft in Gdingen, die diese schlechten und teuren Heringe kaufte, beklagte sich beim zuständigen Ministerium in Warschau und verlangte, dass die Heringeinkäufe in Zukunft durch eine andere Firma erfolgen sollten. Nach einigen Tagen liess die polnische Sicherheitspolizei verstehen, dass der Einkaufsagent in Norwegen nicht geändert werden könne und dass man daran interessiert sei, dass er seine Tätigkeit fortsetze, ganz gleich, was und zu welchen Preisen er liefere.

Ein zweites Beispiel stammt von einer tschechischen Firma, die eine Partie Gusseisen nach Schweden verkaufte. Hier trat als Importeur

eine sogenannte tschechisch-schwedische Firma auf. Sie sorgte dafür, dass die Transaktion durch die ganze Kettenorganisation der Handelsvermittlung ging. Auf diese Weise erhielten drei oder vier ähnliche Firmen ihre Provision. Der Exportpreis wurde auf 60 bis 70 Prozent des Marktpreises herabgedrückt, dagegen der im Auslande verbleibende Gewinn künstlich erhöht. Der tschechische Exporteur erhielt den niedrigen Preis und die Polizei in Prag sorgte dafür, dass er nicht unzufrieden ist.

Auf diese Weise tragen die Konsumenten und die Arbeiter in den Satellitenstaaten die Kosten für die Finanzierung der Kominform. Sie erhalten schlechte Heringe zum dreifachen Preis und verkaufen gutes Gusseisen zum Unterpriß. Es wäre sehr interessant, einmal zu untersuchen, ob nicht auch bei dem jetzt wieder aufgenommenen Handel zwischen West- und Ostdeutschland solche dunklen Kominform-Finanzierungsfirmen ihre Geschäfte machen und die westdeutsche KP finanzieren.

Neben dieser Handelsfinanzierung gibt es noch zahlreiche andere Möglichkeiten. "Stockholms Tidningen" behauptet, dass über die Gesandtschaften der Satellitenstaaten ein umfassender Schmuggel mit Markotika, vor allem mit Opium und Heroin, vor sich gehe. Diese werden mit der Kurierpost gesandt. Es gibt auch eine Anzahl von Kominformagenten, die sich mit dem Verkauf von Kunstschätzen, Brillanten und Kleinodien befassen, die von der Sicherheitspolizei in den Satellitenstaaten konfisziert oder geraubt worden sind. Das Blatt erklärt es für eine bekannte Tatsache, dass gewisse Personen vor zwei Jahren in Stockholm Gemälde verkauften, die man in Museumskatalogen in polnischen Städten finden konnte. Dieser Handel hörte auf, als polnische Emigrantenkreise in London Skandal machten. Man wisse aber, dass dieser Verkauf jetzt noch im geheimen vor sich gehe, vor allem in Frankreich und England.

Die Kominform-Agenten beschäftigen sich auch mit Schwarzmarktgeschäften und Deutschland sei ein wahres Paradies dafür, erklärt das Blatt. Es gibt auch besondere Kominformbrigaden, die sich mit dem Vertrieb von Falschgeld befassen. Hinter dem Eisernen Vorhang habe man einen Teil der Geldscheindruckereien der Gestapo geerbt, die bei Bedarf in Gang gesetzt werden.

Das Rückgrat dieser dunklen internationalen Finanzierungen der Kominform bilden die "diplomatischen Demimonden", erklärt das Blatt weiter. Es sei eine bekannte Tatsache, dass die Gesandtschaften der Satellitenstaaten ein überaus zahlreiches Personal haben, das entweder ganz- oder halbprivilegierte Diplomatenrechte besitze. Es wird aber stark unterstrichen, dass dies nicht für die sowjetrussischen diplomatischen Vertretungen gilt, die sich nicht direkt mit diesen Transaktionen befassen, sondern nur eine gewisse Rolle als Vormund spielen. Sie bestehen durchweg aus Mitgliedern der Auslandsabteilungen der Sicherheitspolizei.

Das Problem Loritz

Von Dr. Arnold Hille, München

1945 erschien auf der politischen Bildfläche Bayerns Alfred Loritz, seines Zeichens Rechtsanwalt, aus einer achtbaren Münchener Juristenfamilie stammend. Während des Krieges war er angeblich als Verfolgter in Frankreich und der Schweiz, hat dort mit verschiedenen Widerstandsgruppen Gespräche geführt und gründete nun nach Kriegsende in Bayern die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV), zu deren Führer er sich selbst bestimmte, ohne überhaupt ein in der Richtung des wirtschaftlichen Aufbaus tendierendes Programm zu entwickeln. Die Art seiner Propaganda erregte bald Aufsehen. Loritz entpuppte sich als ein Viel- und Lautsprecher, in vielem den "grossen Führer" nachahmend, der auch von Bayern aus seine Bewegung gestartet hatte, wobei sich Loritz noch mit der nie bewiesenen Behauptung brüstete, dass er das Attentat gegen Hitler im Bürgerbräukeller organisiert habe. Nichts erfüllte sich von den Erwartungen seiner ursprünglichen Anhänger, dass er ein Programm des Wiederaufbaus entwickeln wolle. Sein Programm ershöpfte sich im Schimpfen gegen jede Regierung und das in skrupel-loser und unbeschwerter Weise, solange, bis er sich als Entnazifizierungsmi-nister in die Regierung "hineingeschimpft" hatte. Die Formen seiner Propaganda unter Ausnutzung seiner Stellung als Minister wurden so unerträglich, dass sich der Ministerpräsident veranlasst sah, ihn aus seinem Amt zu entlassen. Das benutzte er, um sofort wieder der Regierung einen Kampf bis aufs Messer anzusagen.

Um die gleiche Zeit zeigten sich in seiner Fraktion bereits die ersten Verfallserscheinungen. Die Fraktion spaltete sich. Die Aufhebung der Immunität und der in diesem Zusammenhang ergangene Haftbefehl gegen Loritz veranlasste ihn zur Flucht, die ihm vorübergehend zu einer gewissen Popularität verhalf. Als er nach seinem Freispruch, insbesondere aufgrund der Amnestie, wieder auf der politischen Bildfläche erschien, hatte sich sein Hass ins Pathologische gesteigert. Sein Vertreter und Fürsprecher, den er beschuldigte, von den ihm übergebenen 200.000 Mk. 50.000 unterschlagen zu haben (die Herkunft der Gelder ist nie geklärt worden), verwandelte sich in seinen grössten Gegner. Die gegenseitigen Strafanträge beschäftigten lange Zeit den Landtag. Dann begab sich Loritz in die Rolle des Märtyrers, indem er behauptete, dass man ihm im Untersuchungsgefängnis Stadelheim nach dem Leben getrachtet habe. Durch das Eingreifen der Militärregierung wurde nicht nur die Klarstellung vor den Wahlen verhindert, sondern auch Loritz ein neues Propagandamittel an die Hand gegeben.

Loritz und seine Fraktion haben in den vergangenen 2 1/2 Jahren keinerlei praktische parlamentarische Arbeit geleistet. Sie haben nicht das geringste getan, um die Existenzberechtigung ihrer Partei unter Beweis zu stellen. Zum Schluss zählte die Fraktion nur noch vier Mitglieder, die weder was zu sagen hatten, noch etwas sagen konnten. Trotzdem hat Loritz 14,4 v.H. aller Wähler auf sich bzw. seine Par-

tei vereinigt. Keines von den 12 gewählten Bundestagsmitgliedern der WAV besitzt irgendwie ein Abbild für ein konstruktives politisches Wirken, keines ist je hervorgetreten, es sei denn die zwei Vorstandsmitglieder des Neubürgerbundes, dem es nicht vergönnt war, als politische Partei anerkannt zu werden. So stellen sich die Anhänger der WAV-Bewegung entweder als Nihilisten oder als verzweifelte Menschen dar, denen an einer Erneuerung des politischen Lebens nichts mehr gelegen ist. Wer die turbulenten Versammlungen des Loritz besucht hat, wer Gelegenheit hatte, seine engeren Anhänger, besonders die Schreier, anzusehen, wird in dieser Auffassung bestätigt. Loritz' pathologische Anlagen zu übersehen, ist unmöglich. Sein Verhalten in drei Jahren politischer Tätigkeit, seine Abenteuer, seine Reden, seine Mimik und seine übersteigerte Masselosigkeit haben mit radikaler Gesinnung und echter Opposition nichts zu tun. Loritz ist die Herrungslosigkeit in Gestalt und das Zerfallen seiner Landtagsfraktion hat bewiesen, dass die wenigen Anständigen, die sich zu ihm verirrt hatten, mit Entsetzen von ihm und seiner Bewegung abfallen mussten. Und dieser gleiche Loritz wird heute in Koalitionsgesprächen als Partner genannt.

Das Fiasco mit den Unabhängigen

Von Staatsminister Heinrich Albertz

In den Kommentaren zur Bundeswahl scheint mit bisher eine Tatsache nicht genügend berücksichtigt worden zu sein, nämlich die Entscheidung von einiger Hunderttausend Vertriebenen für sogenannte unabhängige Kandidaten. Diese Stimmen gingen tatsächlich verloren, und die, die zu einer solchen Wahlentscheidung aufriefen, also insbesondere der Geistliche Rob Geckel in Lippstadt, tragen vor den Flüchtlingen die Verantwortung, dass der gewählte Bundestag nicht noch stärker als es jetzt geschehen ist, das Gesicht der Flüchtlingsnot zeigt. So weit ich die Dinge beobachten konnte, und ich habe sie sehr genau beobachtet, war die grosse Mehrzahl der unabhängigen Kandidaten keineswegs unabhängig. Sie hatten durchaus festgelegte und klare politische Anschauungen, und diese Anschauungen waren dieselben, die uns vor 1933 vorgetragen wurden: keine Parteien, wir brauchen einen starken Arm, wir brauchen, und sei es mit einem neuen Krieg, unsere Heimat. Alle, die politische Verantwortung in den letzten vier Jahren trugen, haben versagt.

Es ist das gleiche Lied, das wir schon einmal gehört haben, damals vor der Wirklichkeit der sieben Millionen Arbeitslosen, heute auf die Wirklichkeit der sieben Millionen Vertriebenen übertragen; der fruchtbarste Boden also für jede verantwortungslose und billige Agitation. Es ist Jechel auch kein Zufall, dass in zahlreichen Orten, wie etwa in Niedersachsen, in den Versammlungen sogenannter Unabhängiger praktisch die Versammlungen der äussersten Rechten gehalten wurden. Es hat sich meine These bestätigt, dass der Ostvertriebene zwar völlig immun gegen jede Art von östlichem Bolschewismus, dafür aber am anfälligsten für jede Form von neuen faschistischen Gedanken ist.

Der ungeheure soziale Druck muss in einen echten Ausgleich abgeleitet und endlich Solidarität unter den einzelnen Ländern herbeigeführt werden. Dann müssen wir der Welt sagen, dass die Zeitbombe, die durch das Flüchtlingsproblem im Herzen Europas gelegt worden ist, nur entschärft werden kann, wenn die Hilfe Europas und der Welt zur Verfügung steht.

Die Vertriebenen werden aber nach der bitteren Erfahrung, die sie in Nordwestdeutschland mit den unabhängigen Kandidaten erlebt haben, wohl selber auf den Weg zurückfinden müssen, der allein gangbar ist: unsere echten nationalen Forderungen an die Welt glaubwürdig zu machen durch schonungslose soziale Massnahmen innerhalb Westdeutschlands selbst.

Hauptmanöver in Westböhmen

(sp) Nach der Säuberung der tschechoslowakischen Armee von allen nichtkommunistischen Elementen wurden jetzt die grossen Herbstmanöver durchgeführt. Wie in der Slowakei kurz vorher längs der österreichischen Grenze, so wurde auch bei den Manövern in Böhmen - wie Kriegsminister General Svoboda ausdrücklich betonte - der am meisten nach Westen ragende Teil des staatlichen Territoriums als Übungsgebiete ausgesucht. Die Tendenz der stark gegen den Westen gerichteten Manöverkommentare wurde noch durch die Anwesenheit sämtlicher führenden kommunistischen Persönlichkeiten mit Gottwald an der Spitze unterstrichen. Sie fanden ihren Abschluss in einer Ansprache des Kriegsministers Svoboda und des Generalstabschefs General Drgac. Svoboda betonte selbst die Geländewahl als das Politikum dieser Manöver, was auch das gesamte tschechische Volk begriffen habe. Die reaktionärsten Repräsentanten des imperialistischen Lagers würden sich um die "Entfesselung eines neuen Weltkrieges" bemühen, der sich gegen die Sowjetunion und die Volkdemokratien richte. Heute aber sei sowohl die internationale Lage, als auch die strategische Position der Tschechoslowakei infolge ihrer direkten Nachbarschaft zur Sowjetunion durchaus günstig verändert.

Bei der Wertung der Manöver wurden die Erfolge der politischen Säuberung betont, die zu einer moralischen und politischen Verbesserung geführt habe, woran auch die neuen politischen Erziehungsoffiziere (Kommissare) erhebliches Verdienst hätten. Nicht unterdrückt werden konnten Klagen über noch mangelnde Disziplin, was sich besonders bei den Manövern in der Slowakei gezeigt habe, wo die Befehle der Führungsstellen nicht vorbehaltlos oder überhaupt mangelhaft zur Durchführung kamen. Die übrigen Betrachtungen forderten die Erziehung zu tiefem Hass gegen die "Kriegshetzer im Lager des Imperialismus" und eine weitere Liquidierung der Restbestände an Reaktionen im eigenen Lager, um dem Vorbild der Sowjetunion immer näher zu kommen. (b/BS1/2/he)

Verantwortlich: Peter Raukau